

# Pöfener Zeitung.

Achtzigster Jahrgang.

Sonabend, 27. Januar

(Erscheint täglich drei Mal.)

**Annoncen-Annahme-Bureau**  
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16.) bei C. F. Alrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei T. Streifand, in Breslau b. Emil Rabath.

**Annoncen-Annahme-Bureau**  
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. T. Daube & Co., Hansen & Vogler, Rudolph Wolff. In Berlin, Dresden, Göttingen beim „Invalidentank“.

Nr. 67.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal erscheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1877.

## Am t l i c h e s.

**Berlin, 26. Januar.** Der Kaiser hat im Namen des deutschen Reichs die von dem Bischof zu Straßburg vorgenommene Ernennung des Hilfspfarrers Vincenz Joseph Los in Dachstein zum Pfarrer in Truchtersheim, Bez. Unter-Oberrhein, genehmigt.

Der König hat den Gymnasial-Professor Prof. Dr. Heinrich Stein in Ratibor zum Gymnasial-Direktor ernannt. Derselben ist die Direktion des Gymnasiums zu Glas übertragen worden.

Der provisor. Vorsteher und erste Lehrer Byroth an der Präparandenanstalt zu Friburg ist als solcher definitiv angestellt worden. Es sind versetzt: der Kreisger.-Rath Sprund in Goldap als Stadiger.-Rath an das Stadiger. in Königsberg i. Pr., der Kreisger.-Rath Gens in Osterleben als Stadt- und Kreisger.-Rath an das Stadt- und Kreisger. in Magdeburg, der Kreisrichter Stiller in Stolberg an die Kreisrichter Wippa (Kreisger.-Bezirk Sangerhausen), der Kreisrichter Wenzel in Schmiedeberg an die Kreisrichter Wenzel in Pless (Kreisger.-Bezirk Wittenberg) und der Kreisrichter Döbeling in Barten an das Kreisger. in Osnabrück. Zu Kreisrichtern sind ernannt: der Ger.-Ass. Wolff bei dem Kreisger. in Königsberg, der Ger.-Ass. Waffalien bei dem Kreisger. in Samter, der Ger.-Ass. Barthelemy bei dem Kreisger. in Stargard, mit der Funktion als Gerichts-Kommissar in Jacobsbad, der Ger.-Ass. Ebel bei dem Kreisger. in Wittenberg, mit der Funktion als Ger.-Kommissar in Remberg, und der Ger.-Assessor Dr. Colberg bei dem Kreisger. in Delitzsch, mit der Funktion als Gerichts-Kommissar in Jöbzig. Der Kreisger.-Direktor Dult in Darfchmen und der Kreisger.-Rath Kradow in Torgau sind gestorben.

## Vom Landtage.

### 8. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

**Berlin, 26. Januar, 12 Uhr.** Am Ministertische Leonhardt, später Camphausen, die Geh. Räthe Kinsfleisch, Kildorf, Rhode, Kötter, Starke und zahlreiche andere Kommissarien.

Die Kommission zur Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Regulierung des landesherrenlichen Rechtszustandes des fürstlichen Hauses zu Bentheim-Tecklenburg ist gewählt und hat sich konstituiert: Cammacher, Vorsitzender, Worjewski, Stellvertreter, Gadow und Emers, Schriftführer.

Ohne Debatte genehmigt das Haus in dritter Berathung den Gesetzentwurf, betreffend die nach dem Gesetz über das Kostenwesen in Auseinandersetzungssachen zu gewährenden Tagelöhner, Reisekosten und Feldzulagen.

Es folgt die zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Umzugskosten der Staatsbeamten.

Im § 1 sind die Vergütungssätze für die verschiedenen Rangklassen der Staatsbeamten fixirt und dabei die Beamten der 4. und 5. Rangklasse getrennt, indem für erstere 500 Mark, für letztere 300 Mark allgemeine Kosten festgestellt sind.

Abg. Schröder (Königsberg) beantragte, die Beamten der 5. Rangklasse denen der 4. gleichzustellen. Wenn es sich bei diesem Gesetz um die Regelung der Rangverhältnisse überhaupt handelte, so würde er hier keinen neuen Antrag einbringen, weil es augenscheinlich nicht an der Zeit ist, einseitig in dieser Beziehung vorzugehen; aber es handelt sich hier lediglich um eine Entschädigung für baare Auslagen, welche die Beamten gemacht haben, und da kann kein Zweifel darüber sein, daß man sich hierbei nach dem wirklichen Leben richten muß, und nicht nach einer schablonenhaften Aufstellung der alten Rangverhältnisse. Als Gründe für die Beibehaltung der 5. Klasse führt die Regierung an, daß die Beamten, welche zu dieser gehörten, meistens junge Leute seien; das ist aber durchaus nicht der Fall, denn sonst müßte man Oberförster, etatmäßige Oberlehrer und Richter für immer zu den jüngeren Beamten zählen. Als weiteren Grund bringt man vor, daß die Reichsgesetzgebung auch nicht anders vorgegangen wäre; aber diese hat keinen so verzweigten Beamtenmechanismus vor sich, und in Elsaß-Lothringen z. B. ist man ganz anders vorgegangen. Auch der Hinweis auf die dann nöthigen Umänderungen im Militär, besonders bei den Hauptleuten, kann nicht abhalten, für eine gerechte Regelung einzutreten.

Regierungskommissar Geheimrath Kildorf: Ich kann Sie nur bitten, das Gesetz unverändert anzunehmen. Es besteht eine vollständige Analogie mit den Reichsbeamten, und wenn man Differenzen eintreten ließe, so würden bedenkliche Konsequenzen, sowohl für die Militär- wie für die Zivilverhältnisse eintreten. Wenn man auf Elsaß-Lothringen hinweist, so besteht da ein ganz exceptioneller Zustand, auf den man für unsere Verhältnisse kaum exemplifiziren kann. Was die materielle Seite anbelangt, so entspricht die Regierungsvorlage in Bezug auf diesen Punkt im Allgemeinen den realen Verhältnissen, und ich kann Sie nur im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes bitten, den Antrag abzulehnen, verjagen Sie nicht die Vortheile desselben einer ganzen Reihe von Beamten, um sie einzelnen zu verschaffen.

Abg. Wachler (Schweidnitz): Ich kann der Regierung nicht zugeben, daß in der fünften Rangklasse nur jüngere Beamte vertreten seien, aber trotzdem muß ich gegen den Antrag des Abg. Schröder erklären, sowohl aus finanziellen, wie aus tatsächlichen Gründen; aus finanziellen, weil eine zu große Differenz zwischen der vereinigten neuen Klasse und den unteren eintreten würde, und weil wir zugleich mit derselben eine große Veränderung in Bezug auf die Militärausbildung zu erwarten haben würden; aus tatsächlichen, weil sowohl die Budgetkommission, wie das Herrenhaus und ebenso die Regierung sich gegen diese Aenderung ausgesprochen haben und weil ich nicht wünsche, daß später wieder ein Kompromiß abgeschlossen werde. Ich lege das große Gewicht darauf, daß das Haus in Bezug auf § 5 bei den Beschlüssen des Vorjahres stehen bleibe.

Abg. Schröder (Königsberg): Was der Abg. Wachler für § 5 fordert, dagegen aus tatsächlichen Gründen bei § 1 fallen lassen will, könnte er doch eben so gut bei diesem Paragraphen aufrecht halten, denn diesem Antrage hat das Haus auch im vorigen Jahre zugestimmt. Was dagegen die finanziellen Bedenken anlangt, so dürfen uns diese nicht abhalten.

Der Antrag Schröder wird hierauf mit 192 gegen 105 Stimmen angenommen, ebenso die §§ 1-4.

§ 5 lautet: „Eine Vergütung für Umzugskosten findet nicht statt, wenn die Verlegung lediglich auf den Antrag des Beamten erfolgt.“

Abg. Schröder (Königsberg) beantragt, den Paragraphen zu streichen.

Abg. Wachler (Schweidnitz): Der § 5 enthält eine außerordentliche Härte gegen eine ganze Reihe von Beamten, namentlich

gegen die Justizbeamten, denn diese meistens sind es, bei denen Verlegung auf Antrag eintritt. Schon durch § 3 geschieht den Verwaltungsbeamten eine Veranlassung gegenüber den Justizbeamten in Bezug auf die Diäten, aber das kann ich nicht gestatten, daß diesen letzteren eine offenbare Ungerechtigkeit zu Theil werde. Wenn ich nun auch zugebe, daß gegenüber dem strengen Vorgehen des Grafen zur Lippe durch den jetzigen Minister eine bedeutend mildere Praxis eingeführt ist, so muß ich doch darauf hinweisen, daß für das Justizministerium in Bezug auf diesen Punkt nur 135,000 Mk. angesetzt sind, während bei den anderen Ministerien hierfür vielmehr auf dem Etat steht. Vor zwei Jahren belief sich die Summe wenigstens noch auf 16,000 Mk. höher, und trotzdem wurde eine Mehrausgabe von 80,000 Mk. gemacht, allerdings meistens für höhere Beamten. Man läßt sich ja nicht gern oft verzeihen, aber einmal tritt doch das Bedürfnis für den Beamten ein, in einer größeren Stadt zu wohnen, wo er seine Söhne und Töchter auf eine höhere Schule schicken kann. Sie fördern nur den Dienst, wenn Sie ihm hier den Wunsch gewähren und dadurch seine Freudigkeit für den Dienst vermehren. (Beifall.)

Justizminister Dr. Leonhardt: Ich will sehr gern dem Vorredner zugeben, daß unter meiner Verwaltung eine mildere Praxis in Bezug auf die vorliegende Frage eingetreten ist, das aber kann ich nicht zugeben, daß die Reisekosten besonders den höheren Beamten zu Gute kämen. Unter meinem Vorgänger bestand die Sitte, nur denjenigen von den Justizbeamten zu befördern, der das Gefühl dazu erreichte. Ich hielt dies System nicht für richtig, sondern führte es durch, daß auf Anciennität und Verdienst Rücksicht genommen wurde. Da ich jedoch Richter nicht gegen ihren Wunsch befördern konnte, so hatte ich solche Beamte stets zunächst um ihre Zustimmung zu ersuchen, und bejahenden Falls erhielten dieselben natürlich Reisegebel. Wenn der Abg. Wachler das System für nicht richtig hält, so kann er mir den Vorwurf auszusprechen Vorwurf machen, aber ich glaube, es ist doch gewiß richtiger als jenes, bei welchem nur diejenigen Beamten für die Beförderung berücksichtigt wurden, welche viel schreiben und Eingaben machten.

Abg. Schröder (Königsberg): Ich kann ebenfalls die jetzige milde Praxis anerkennen, aber der Justizminister selbst hat ja hervorgehoben, daß es früher anders war. Nun ist doch dem Parlament kein Justizminister für ewige Zeiten garantirt, und was einer vorher that, kann ja doch auch einer wiederum nachher thun. Wenn ein Mann sich, so zu sagen, für sein ganzes Leben dem Staate verschreibt, so ist es doch zu billig, wenn auch theilweise auf seine individuellen Wünsche Rücksicht genommen wird. Es wird dadurch dem Staate kein Schaden erwachsen, und ich bitte Sie deshalb, den Paragraphen zu streichen.

Abg. Löwenstein: Es handelt sich hier lediglich darum, ob man die Remunerationen, welche gestern so verdammt worden sind, für diese Beamten fortbestehen lassen will oder nicht; denn anderes sind diese Reisegebel nach der Dehnbarkeit des Paragraphen nicht. Als ich bei meiner ersten Verlegung den obersten Kassensyndanten fragte, ob ich wohl Reisegebel zu erwarten hätte, sagte er mir, daß er trotz fünfzigjähriger Amtstätigkeit nicht bei einem einzelnen Falle auch nur mit annähernder Sicherheit voraussagen könne, ob die Gewährung erfolgen werde oder nicht. (Seitert.) Also eine solche Willkür herrschte damals; wenn das sich auch geändert hat, so ist es doch nöthig, hier eine Sicherung zu schaffen, denn wir machen doch unsere Gesetze nicht für einen Justizminister.

Der Antrag Schröder wird einstimmig angenommen; ebenso ohne Diskussion die §§ 6-11.

§ 12 lautet: Die besonderen Vorschriften, welche für einzelne Dienstzweige bezüglich der den Beamten aus der Staatskasse zu gewährenden Umzugskosten ergangen sind, bleiben vorläufig in Kraft. Eine Abänderung derselben kann im Wege königlicher Verordnung erfolgen. Die in diesem Gesetze bestimmten Sätze dürfen jedoch nicht überschritten werden.

Abg. Graf Limburg-Sturum beantragt hierfür folgenden Zusatz: Die Sätze für Gefandtschaftsbeamte können jedoch nach Maßgabe derjenigen Beträge festgesetzt werden, welche für die entsprechenden Beamtenklassen in der auf Grund des § 18 des Reichsgesetzes vom 31. März 1873 zu erlassenden kaiserlichen Verordnung bestimmt werden.

Der Antragsteller weist darauf hin, daß ohne diesen Zusatz eine große Ungleichmäßigkeit zwischen den preussischen und den Reichs-Gefandtschaftsbeamten eintreten werde; es sei nöthig, Einheit herbeizuführen.

Regierungskommissar Geh. Rath Kildorf erklärt sich Namens der Staatsregierung mit dem Antrag einverstanden und wird darauf der Antrag angenommen und mit ihm § 12.

Es folgt die Fortsetzung der Berathung des Justiz-Etats. Zu Kap. 82 „Friedens- und Handelsgerichte des Departements Köln“ befragt sich Abg. Schröder über den dringend empfundenen Nothstand des schleppenden Geschäftsganges bei dem Appellhofe und dem Handelsgericht zu Köln. Es sei jetzt soweit gekommen, daß viele Klagen einfach deshalb nicht angestrengt würden, weil es oft bis zu 3 Jahren dauere, ehe die einfachste Sache zum Austrag komme.

Justizminister Leonhardt kann nicht zugeben, daß es mit dieser Sache so schlimm sei, glaubt vielmehr, daß der Vorredner übertreibe. Wäre das nicht der Fall, so würde der Uebelstand doch wohl amtlich zu seiner Kenntniß gekommen sein.

Abg. Schröder muß sich entschieden gegen die Supposition verwahren, daß er übertreibe. Er spreche aus genauer Kenntniß der Sache und denke, es sei die Pflicht des Justizministers, für eine prompte und rasche Justiz im Lande zu sorgen.

Justizminister Leonhardt: Daran, daß ich diese Pflicht habe, kann gewiß kein Zweifel sein; es hat aber doch diese prompte Justizpflege immer ihre natürliche Begrenzung, dann z. B., wenn das dem Justizminister zur Disposition stehende Personal es nicht ermöglicht, daß die Rechtspflege an jedem Orte so rasch ist, als sie sein sollte. In dieser Lage befinde ich mich aber, wie Ihnen bekannt sein wird, noch immer. — Die Position wird genehmigt.

Bei den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben rügt Abg. Stengel die Geringfügigkeit der in dem diesjährigen Etat ausgeworfenen Summen für die Errichtung und Aufbesserung von Gerichtsgebäuden. Es sei kein einziger Neubau in Anschlag gebracht worden, obwohl allgemein bekannt sei, in wie erbärmlichem Zustande sich eine große Zahl von Gerichtsgebäuden befände. Vielfach seien die allerwichtigsten Dokumente, wie Grundbücher, Handelsregister und Testamente nicht einmal genügend vor Beschädigung durch Feuer- und Diebstahl geschützt.

Regierungskommissar, Geh. Rath Starke: Die Regierung hat gewiß das lebhafteste Interesse diesem, auch von ihr anerkannten Uebelstande Abhilfe zu gewähren. Wenn in diesem Jahre nur verhältnismäßig geringe Summen zu diesem Zwecke im Etat in Anschlag

gebracht sind, so liegt das allein darin, daß Seitens der Finanzverwaltung keinem der Ministerien ähnliche Summen für das Extraordinarium wie in den früheren Jahren in Aussicht gestellt werden konnten, daß deshalb die äußerste Beschränkung nothwendig erschien.

Abg. Hammacher: Es wird vielen Mitgliedern des Hauses bekannt sein, daß vor zwei Jahren die Regierung in einem Nachtragsetat für die Herstellung eines neuen Kriminaljustizgebäudes in Berlin von uns einen Kredit von 225,000 Mark forderte, den das Haus in Rücksicht auf die große Dringlichkeit des Bedürfnisses bewilligte. Im vorigen Jahre wurde zum gleichen Zwecke eine fernere Rate von 475,000 Mark bewilligt nach einer sehr lebhaften Debatte, in welcher die unglaublich erbärmlichen und der Residenzstadt Berlin ganz unwürdigen Zustände, wie sie die Räumlichkeiten des gegenwärtigen Berliner Kriminalgerichts darbieten, geschildert wurden. Für diese beiden bewilligten Geldraten ist bisher weiter nichts geschehen, als daß zu einem dem Fiskus gebührenden Grundstück ein benachbartes Privatgrundstück hinzugekauft sein soll, und daß auf dem ersten Grundstück eine große Menge von Ziegelsteinen aufgefahen sind. Begonnen ist der Bau noch in keiner Weise, und der diesjährige Etat schweigt ganz und gar darüber. Eine Aufklärung darüber, weshalb mit dem Bau nicht vorgegangen wird, wäre sehr wünschenswerth.

Regierungskommissar, Geh. Rath Scholz: Der Grund, weshalb der diesjährige Etat keine weitere Forderung für diesen Zweck enthält, liegt allein in der Schwierigkeit der Baugrundstücksverhältnisse, die Verhandlungen wegen Ankaufs des Ergänzungsgrundstückes haben noch immer nicht zum Abschluß gebracht werden können. Ich kann indes versichern, daß von der Regierung Alles gethan werden wird, um die erste Rate zur Ausführung des Baues auf den nächstjährigen Etat zu bringen.

Abg. Dr. Eberty: Der vorige Etat enthielt eine Position von 470,000 Mark zum Neubau eines Geschäftsbaues des Stadtgerichts in Berlin für die Untersuchungs- und zugleich zum Neubau eines Untersuchungsgefängnisses für dasselbe. In dem diesjährigen Etat aber kommt diese Position gar nicht mehr vor. Und doch sind diese Neubauten ein überaus dringendes Bedürfnis. Die jetzt vorhandenen Räume sind im höchsten Grade beschränkt und gesundheitsgefährlich. Ich habe hier vorzüglich die Verborszimmer für Untersuchungsgefängnisse im Auge. Es fehlt in diesen Zimmern an Luft und Licht; und es gehört wirklich eine große Aufopferungsfähigkeit der Untersuchungsrichter bei dem hiesigen Stadtgericht dazu, um nicht zu verzagen. Für die königliche Staatsanwaltschaft hat man schon Rath geschafft. Man hat für sie ein einstweiliges Unterkommen gefunden. Es thut aber dringend noth, daß die Untersuchungsrichter eine gleiche Berücksichtigung finden.

Die Positionen dieses Etats werden genehmigt. Die Etats der Rente des Kronfideikommissfonds, des Zuschusses zur Rente des Kronfideikommissfonds und der öffentlichen Schuld werden ohne Debatte genehmigt.

Beim Etat der Domainenverwaltung (Einnahme Kap. 1 Tit. 3. Ertrag von Domainen vorwerken 12,315,568 Mk.) befragt der Abgeordnete Kretsch den allzu hohen Pachtzins, der für diese Vorwerke namentlich in Neuborpommern gefordert werde, und der auf einer zu günstigen Schätzung der Ertragsfähigkeit des dortigen Bodens basirt. Er fragt an, ob die Regierung mit Domainenpachtverträgen wie bisher nicht nur aus finanziellen, sondern auch aus wirtschaftlichen Rücksichten namentlich in Neuborpommern fortfahren werde.

Reg.-Komm. Geh. Rath Dreßler erwidert, daß eine grundsätzliche Aenderung der Politik in dieser Beziehung im Finanzministerium nicht eingetreten sei, daß aber in Rücksicht auf die unglücklichen Zeitverhältnisse die Domainenpachtverträge einstweilen fixirt seien. Die Wiederaufnahme derselben werde von der Aenderung der Zeitverhältnisse abhängen.

Abg. Sombart betont, daß nach seiner Erfahrung, namentlich in der Provinz Sachsen, die Bewirthschaftung der Domainen durch Kleinbauern einen größeren Ertrag gebe, als die durch Großgrundbesitzer, bei welcher letzteren allerdings der Bruttoertrag größer, der Nettoertrag aber kleiner sei, als bei der ersteren, weil der kleine Bauer bei sparsamer Lebensweise mit seiner Person und seiner ganzen Familie arbeitend eintrete. Er tadelt, daß die Domainen hauptsächlich als Finanzquelle benutzt werden; es sei deshalb nicht angezeigt, Bauern, welche mehr intensiv als extensiv zu wirtschaften pflegen, in die Striche von Neuborpommern, in welchen der Bauernstand früher fast ausgerottet sei, anzusiedeln, weil man dabei nur ein Finanzinteresse, nicht aber ein Kulturinteresse von Seiten der Regierung habe. Es sei besser, diese Anlegegelegenheiten statt dem Finanzminister, dem Landwirtschafts-Minister zu unterstellen.

Abg. Witt befreit, daß durch solche Maßregeln die landwirtschaftliche Kalamität zu heben sei; es möge in den dem Vorredner näher stehenden Landestheilen rathlich sein, so vorzugehen, in der Provinz Posen habe er die entgegengesetzte Erfahrung gemacht.

Geh. Rath Dreßler erklärt, daß die Regierung bei neueren Pachtverträgen unter Billigung der zugehörigen ökonomischen Sachverständigen so vorgegangen sei, wie sie es nach früheren Erfahrungen für gut befunden habe. Die Vor schläge des Abg. Sombart, welche er in einer Broschüre über diese Materie gemacht habe, werde die Regierung bei künftigen Pachtverträgen in Erwägung ziehen.

Die Diskussion wird geschlossen und die Position wird genehmigt.

Zu Tit. 4 (Ertrag von anderen Domainengrundstücken, Mühlen und Fischereien 4,838,549 Mk.) bringt Abg. Frenzelt zur Kenntniß des Hauses, daß der Geh. Rath Scholz in einer Zeitungs-Annonce Angaben, welche der Redner im vorigen Jahre über die unregelmäßige Geschäftsführung des Seebades Cranz im Hause gemacht, für unwahr erklärt habe, und daß in einer darauf erbobenen Beleidigungsklage gegen Scholz der Staatsanwalt die Anklage mit der Motivirung zurückgewiesen habe, daß für den Scholz nicht die amtlichen stenographischen Berichte, sondern die nicht ganz korrekten Berichte in Zeitungen, z. B. in der Kreuzzeitung maßgebend gewesen seien. Es sei doch klar, daß er, der Redner, keine Mittheilungen an die Kreuzzeitung mache. (Heiterkeit.)

Geh. Rath Dreßler erklärt, daß der Finanzminister die Rechnungen des Bades Cranz für die letzten zehn Jahre der Oberrechnungskammer zur Prüfung überwiesen habe. Ein Bericht hierüber stehe noch aus.

Die Position wird genehmigt.

Der Präsident bringt ein Dankschreiben Sr. kgl. Hoheit des Prinzen Karl von Preußen für die Beileidsbezeugungen, welche ihm durch das Präsidium im Namen des Hauses anlässlich des Hinscheidens seiner Gemahlin dargebracht seien, zur Kenntniß des Hauses.



Hierauf vertagt sich das um 4½ Uhr bis Dienstag 11 Uhr. (Dritte Beratung des Gesetzesentwurfs betr. Umzugskosten der Staatsbeamten und Fortsetzung der Staatsberatung.)

## Die französische Armee.

Wir brachten vor einigen Tagen aus militärischer Feder eine Auseinandersetzung über den Zustand der französischen Armee und dazu einige Einzelheiten unseres Berliner Korrespondenten, welche geeignet waren, die Angaben des Herrn Einsenders zu ergänzen. Zugleich hatte unser Herr Korrespondent auf die Qualität der französischen Truppen hingewiesen, worin sie hinter den Deutschen zurückstehen. Mit Bezug hierauf wird uns von dem oben bezeichneten Militär ergänzend geschrieben:

Es hat mir fern gelegen, den Vergleich zwischen den Zahlenverhältnissen der deutschen und der französischen Armee auch auf den Wert beider ausdehnen. Deutschland erfreut sich geregelter Staatsverhältnisse, bewahrt durch den Gang der Geschichte, gestützt durch weise Regenten und ein gebildetes Volk, die französische Nation hat, hin und her getrieben zwischen Cäsarismus und Anarchie in den letzten 100 Jahren mehr als ein Duzend Mal das Staatsoberhaupt und die Staatsform gewechselt. Dies Verhältnis muß in der Armee zum Ausdruck kommen. Der deutsche und der französische Soldat haben wohl nichts Anderes mit einander gemein, als den Beruf; der weitere Vergleich ist deshalb unfruchtbar.

Wenn man aber das Unterliegen der französischen Heere im zweiten Teile des Krieges; wenn man ferner das klagliche Ende der feilschen Erhebung zu der sicheren Erwartung benützt, das französische Volksheer der Zukunft werde von gleichen Eigenschaften und deshalb von gleichen Schicksalen sein, so hat sich hier ein Nebenfehler eingeschlichen. Die Sache ist zu wichtig, als daß dieses Fehlers nicht zu erwähnen wäre.

Die von Gambetta geschaffene Heere lebten sich nur zum kleinsten Teile an einen militärisch gekulten Kern an. Die alte Armee war gefangen oder zertrümmert; die Berufsoffiziere in gleicher Lage. Im Mobilgardendeere Gambetta's fand man nur guten Willen und Vaterlandsliebe; die Truppen waren weder in den Waffen geübt, noch von Offizieren geführt, die das Führen verstanden. Einer der ersten Generalstabsoffiziere z. B. von Chanzy war ein Commis aus einem marieffler Modengeschäft, und ähnliche Standesänderungen fand man in jedem Truppenstabe.

Die serbische Armee besteht im Frieden aus 4 Bataillonen, 2 Eskadrons und 7 Batterien. Hieraus sollten entstehen 80 Bataillone des ersten und ebensoviel des zweiten Aufgebots, 33 Eskadrons und 28 Batterien.

Wenn das französische Mobilgardendeere, wenn die serbische Armee trotz oft glühendem Patriotismus, trotz hohem kriegerischem Ehrgefühl den Aufgaben des Krieges nicht gewachsen blieben; wenn das stolze Frankreich es erleben mußte, daß 150.000 Franzosen in harter Stellung bei Lemans vor noch nicht 60.000 Preußen die Flucht ergriffen, so bricht dies allerdings den Miliheeren den Stab. Solche Heere werden aber von Frankreich in Zukunft nicht aufgestellt werden. Für alle in das Feld rückende Truppen bestehen nach dem Cadre-gesetz von 1875 feste und mit zahlreichen Offizieren und Unteroffizieren besetzte Cadre. Man hat sich beeilt, die nötigen Ernennungen vorzunehmen und Offiziere wie Unteroffiziere einer gründlichen Schulung zu unterwerfen. Hierdurch wird das französische Heer der Zukunft einen erhöhten Wert bekommen.

## Brief- und Zeitungsberichte.

△ Berlin, 26. Januar. Prinz Karl wird bis zum 2. Februar in Berlin bleiben und sich an diesem Tage nach Wiesbaden begeben, um bei seiner Tochter, der Landgräfin von Hessen am 3. Februar den Geburtstag seiner verstorbenen Gemahlin in stiller Erinnerung zu begehren. — Der Entwurf des Gesetzes über die Befähigung und Vorbereitung für den höheren Verwaltungsdienst ist gestern dem Herrenhause zugegangen. Wie schon mitgeteilt, ist Alles, worüber bereits in der vorigen Session eine Vereinbarung erzielt worden, beibehalten; in Bezug auf den bekannten Differenzpunkt aber, in Betreff der Landräthe, eine Vermittelung der sich gegenüber stehenden Meinungen angebahnt worden. Die einschlägigen Bestimmungen des neuen Entwurfs enthalten Folgendes: Es sind die Qualifikations-Bedingungen, wie sie für die zu präsentierenden Landraths-Kandidaten vereinbart waren, jetzt für alle, auch die ohne Präsentation zu ernennenden Landräthe in Aussicht genommen; für alle Kandidaten aber, die nicht die große Verwaltungs-Prüfung bestanden haben, die Bedingung des mindestens einjährigen Grundbesitzes oder Wohnsitzes im Kreise festgesetzt. Alle sonstigen Beschränkungen, mithin auch die Bestimmung der Kreisordnung, daß die Präsentation sich nur auf Grundbesitzer oder Amtsvorsteher des Kreises erstrecken könne, sind aufgehoben. — In einigen Blättern wird angedeutet, daß eine Aenderung des Reichswahlsystems und event. die Errichtung einer zweiten Reichskammer in Erwägung genommen werde. Es mag sein, daß man in einigen Kreisen auf eine Abänderung des Wahl-Systems Bedacht nimmt, die Einführung des Zwei-Kammer-Systems aber dürfte sich schwerlich als empfehlenswert erweisen. Abgesehen davon, daß wir im Bundesrath schon sozusagen eine andere Kammer besitzen, so wird man unter allen Umständen gewiß von einer weiteren Ausdehnung der schon jetzt kaum mehr zu bewältigenden parlamentarischen Thätigkeit absehen müssen.

— Das mehrerwähnte Kapitel des Ordens vom Schwarzen Adler und die Investitur einiger neuen Ritter findet nicht, wie uns gemeldet worden, am nächsten Sonntag, sondern, wie der „Staatsanz.“ meldet, bereits am Sonnabend, 27. d. statt.

— Der Finanzminister hat unterm 3. d. eine Instruktion, betreffend die Feststellung des der Klassen- und klassifizierten Einkommen in der Provinzial-Regierung selbst und die Landräthe, Vorsitzenden und die Mitglieder der Kommissionen zur Einschätzung der klassifizierten Einkommensteuer, der Bezirks- und der Klassensteuer-Kommissionen bestimmt, ist, sondern wenigstens in den größeren Städten und überhaupt insoweit, als ein entsprechendes Verständnis des Inhalts vorausgesetzt werden kann, auch für Vorsitzende und Mitglieder von Klassensteuer-Einschätzungs-Kommissionen und Gemeindevorständen, deren Thätigkeit für Aufstellung der Einkommens-Nachweisungen und Begutachtung von Steuerbeschwerden in Anspruch zu nehmen ist. Die umfangreiche Instruktion umfaßt in 33 Paragraphen folgende Punkte: Die Grundsätze der Veranlagung (§ 1) das Einkommen aus Grundvermögen (§§ 2—13), dasselbe aus Kapitalvermögen (§ 14) und das Einkommen aus Handel, Gewerbe, Pachtungen oder irgend einer Art gewinnbringender Beschäftigungen (§§ 15—26), die Abzüge der Schuldenzinsen vom Einkommen (§§ 27—28), das Recht der Steuerpflichtigen auf ein Einkommen (§ 29), die nochmalige Prüfung des ermittelten Gesamteinkommens (§ 30), die Leistungsfähigkeit beeinträchtigenden besonderen Verhältnisse (§ 31),

die Folge derselben (§ 32), endlich die allgemeine Gültigkeit der Grundsätze, auch bei Beurteilung von Ueberbürdungs-Beschwerden (§ 33).

— Die „Wesf.-Ztg.“ schreibt: „Der Ueberfluß an neuen Steuerprojekten ist neuerdings durch den Vorschlag gesteigert worden, diejenigen Militärpflichtigen, welche bei der jährlichen Aushebung zurückgestellt werden, weil die Zahl der Wehrpflichtigen die Zahl der einzustellenden Mannschaften übersteigt, mit einer Kopfsteuer pro Jahr und Mann von 20 Mark zu belegen. Die Absurdität dieses Vorschlages einer „Wehrsteuer“ liegt so auf der Hand, daß wir annehmen, nicht die deutsche Reichsregierung, sondern etwa die türkische Regierung gebe damit um, einen bezüglichen Gesetzesentwurf vorzulegen.“

— Bis jetzt hat sich die sozialdemokratische Partei ausschließlich nur auf den Boden der Negation aller bestehenden staatlichen Verhältnisse beschränkt. Von besonderem Interesse wird es deshalb sein, die Entwicklung eines Unternehmens abzuwarten, das nun auch einmal eine positive Schöpfung der Partei darstellen und in nichts Geringerem bestehen soll, als in der Bildung einer sozialistischen Kolonie in den Vereinigten Staaten. Der Anstoß dazu geht von den Parteiführern in Dänemark aus, die im kopenhagener „Sozialdemokraten“ einen diesbezüglichen Aufruf erlassen haben. In demselben wird von den Teilnehmern verlangt, daß sie nicht über 50 Jahre, daß sie arbeitsfähig und noch nicht bestraft sind; ferner wird verlangt, Anerkennung der Hauptprinzipien des Sozialismus, sowie Anerkennung der Pflicht der Kolonie, die aus derselben hervorgehenden Kinder zu erziehen, „wenn die Eltern selbst dies nicht wollen“; leichtere Wiederaufnahme der Ehe, gemeinschaftliche Bearbeitung des Grundbesitzes, Ordnung der Arbeit durch Kommissionen, Gleichberechtigung und Gleichstellung der Frauen, Versorgung der Arbeitsunfähigen u. s. w. Außerdem werden von den Teilnehmern die auf ca. 400 Kronenbaler für jeden Erwachsenen (über 18 Jahre) berechneten Mittel für die Ueberfahrt, zur Erwerbung des Grund und Bodens und Beschaffung des nothwendigen Lebensunterhalts für die erste Zeit verlangt, wobei Frauen mit 230 Kr., jedes Kind unter 12 Jahren mit 50 Kr., vom 12. bis zum 18. Jahre mit 120 Kr. berechnet werden. Für diesen Preis wird gewährt: freie Ueberfahrt pr. Dampfer und Eisenbahn bis zu dem neuen Lande des Glücks „Kansas“, sowie gleicher Antheil an dem von der Kolonie erworbenen Grundeigentum. Bei der Einschreibung, welche vor dem 14. Februar geschehen muß, sind für Erwachsene 10 Kr. und für Kinder 5 Kr. zu bezahlen, ferner am 1. März ein Viertel und acht Tage vor der Einschiffung der Rest des obigen Betrages. Anträge sind an den Hauptvorstand der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Kopenhagen zu richten.

— Nach dem soeben erschienenen Fraktions-Verzeichnisse des Abgeordnetenhauses gehören dort an: der nationalliberalen Fraktion 174, der Fraktion des Zentrums 84 Mitglieder und außerdem als Hospitanten die Abgeordneten Dr. Brühl, Dr. v. Gerlach, Freiherr v. Grote und Pahlmann, der Fortschrittspartei 66, der Freikonservativen Fraktion 34, der Neukonservativen Fraktion 29, außerdem als Hospitanten die Abgeordneten Koeber, Landrath in Tecklenburg und Kammerherr Graf Eulenburg-Liebenberg, der Fraktion der Polen 14, der Konservativen 9 Mitglieder. 19 Mitglieder gehören keiner Fraktion an und zwar die Abgeordneten Dr. Achsenbach, v. Bennigsen, v. Bockum-Dolffs (Hamm), v. Bonin (Genthin), Graf Eulenburg (Minister des Innern), Dr. Falk, Dr. Friedenthal, Greiff (Ministerialdirektor, Ludenwalde), Hehl (Saarbrücken), Carl Prinz zu Hohenlohe-Ingelfingen (Groß Strehlitz), Horst (Köln), Rasch (Bön), Kreis (Jeseroh), Krüger, Lassen (die beiden Dänen), Dr. Poeme (Böckum), Schmidt (Stettin), Stelzer (Weglar) und Wulfsbein (Potsdam). Erledigt sind die Mandate Sterode-Neidenburg, Gieseler und West- und Ost-Prignitz, wo die bisherigen Vertreter Weigermel, v. Brega und Velschdt inzwischen verstorben sind. Hieraus ergibt sich, daß eine Fraktion, die noch in letzter Session als solche figurirte und die drei Mitglieder v. Bonin, Stelzer und Wagener (Straßburg) aufwies, als die letzten Ueberbleibsel der einst so stolzen „Fraktion Linde“, gänzlich verschwunden ist. Abg. Wagener ist der freikonservativen Fraktion beigetreten, während die beiden anderen Abgeordneten unter die „Wilden“ gegangen sind. Der Abg. Prinz zu Hohenlohe ist aus der freikonservativen Fraktion, der Abg. Wulfsbein aus der nationalliberalen Fraktion, der Abg. Poeme aus der Fraktion der Fortschrittspartei ausgetreten, alle drei haben sich keiner der übrigen Fraktionen angeschlossen. Von den neu gewählten Mitgliedern sind beigetreten den Nationalliberalen 61, dem Centrum 17 und 1 Hospitant, der Fortschrittspartei 11, den Freikonservativen 14, den Neukonservativen 11 und 2 Hospitanten, den Polen 4 und den Konservativen 7 Abgeordnete. Die Zahl der Abgeordneten beträgt inklusive Lauenburg 433; da die Nationalliberalen 174, die Fortschrittspartei 66 Mitglieder zählt und von den Wilden 8 Abgeordnete den liberalen Parteien zuzurechnen sind, so gebieten die beiden liberalen Fraktionen über eine absolute Mehrheit von 31 Stimmen.

Paris, 24. Januar. Der „Temps“ berichtet, Rußland habe keine neuen militärischen Anordnungen mehr getroffen, die Truppenbewegungen in Bessarabien hätten bloß den Zweck, die materielle Lage der Leute zu verbessern, da ihre Aufhebung an der Grenze nicht mehr nöthig sei. — Der „Moniteur“ berichtet:

Die äußere Lage hat sich seit Schluß der Konferenz nicht geändert; die Einbelligkeit der sechs Mächte besteht vollständig nicht bloß über die Gesamtheit der Forderungen, welche von der Pforte abgelehnt wurden, sondern auch über die Ansicht, zu warten und letztere am Werke zu sehen; sie ist durch keinen äußeren Druck bekräftigt, ihre Reformen im Innern sind bereit; sie kann daher frei von der Verhandlung zur That schreiten. Wir glauben, im Widerspruch mit Gerüchten entgegengesetzter Art, dabei bleiben zu müssen, daß Rußland durch seinen Vorgesetzten in Konstantinopel unwandelbar die Grenzen für das bezeichnet hat, was es unter Nicht-Intervention versteht. Das Vertrauen des Publikums auf die Aufrechterhaltung des Friedens ist demnach für den Augenblick vollkommen gerechtfertigt, und dieses Vertrauen zeigt schließlich, daß die Konferenz in Konstantinopel nicht unnütz war; sie führte in der That zu dem Ergebnisse, die Verwicklungen, welche die Haltung der Türkei hervorgerufen haben würde, für das übrige Europa zu beseitigen, und es kann der französischen Diplomatie kein ernstlicher Vorwurf darüber gemacht werden, daß sie an diesen Beratungen und Vorschlägen sich betheiligte.

Das bonapartistische Blatt Le Suffrage Universel des Charentes wird von Frau Jules Simon, der Gemahlin des Konseils-Präsidenten, gerichtlich verfolgt, weil es behauptet hat, Frau Simon habe während der Belagerung von Paris bei ihren Besuchen in den Schulen das Holz der in diesen aufgestellten Kreuzige verbrennen lassen.

Eine chauvinistische Phrase Gambetta's dürfte unter den gegenwärtigen Umständen nicht verfehlen, zu einer Haupt- und Staatsaktion aufgekauft zu werden. In einer, am Sonntag in der Vorstadt Montparnasse abgehaltenen Versammlung der radikalen Gesellschaft der „Unterichtsfreunde des 14. Arrondissements“, sagte Gambetta, der den Vorsitz führte: „Ich sehe hier das Muster jener patriotischen Feste, die wir üben wollen, sobald wir von den harten Vorurtheilen unserer Feinde befreit und überall, wie hier, in der Lage sein werden, die gegenseitige Erziehung im Herzen des

wiedergeborenen und vergrößerten Vaterlandes durchzuführen.“ Wenn Gambetta nicht schon ein bekannter Name wäre, so könnte man glauben, er hätte durch diese hohle Phrase den Effekt erzielen wollen, als für die Sicherheit Deutschlands gefährlicher Mann sich dießseits des Rheines berühmt und gefürchtet zu machen.

Petersburg. Die bisherigen Nachrichten über die letzte Sitzung der Konferenz, am 20. Januar, erfahren von russischer Seite eine Ergänzung, die anderwärts nicht zu finden ist, deren Bedeutung aber auf der Hand liegt. Das offiziöse „Journ. de St. P.“ referirt über diese Sitzung und sagt zum Schluß: „Die türkischen Delegirten sind noch davon in Kenntniß gesetzt, daß die Pforte durch die Hartnäckigkeit, mit der sie die einmüthigen Wünsche der Mächte zurückgewiesen, die Verträge hinfällig gemacht habe, welche ihr Bestehen und ihre Integrität garantirten, indem sie sie in das europäische Konzert aufnahmen.“ Damit wäre, sagt die „Nat. Ztg.“, wenn die Vertragsmächte diese Auffassung theilen, durch die Konferenz ein politischer Akt von größter Tragweite vollzogen, der allein genügen würde, um die Bedeutung der Konferenz nicht bloß in negativem, sondern auch im positiven Sinne zu sichern. Es wären alle die Stipulationen beseitigt, welche die völkerrechtliche Stellung der Türkei zu der Gesamtheit des übrigen Europa, insbesondere zu den Vertragsmächten von 1856 betrafen, gerade die wichtigsten Punkte, die Hauptgrundlagen jenes Vertrages. Der Vortheil dieses Schrittes wäre vorwiegend auf Seiten Rußlands, welches durch den Krimkrieg genungen wurde, seinen Ansprüchen auf Protektion der griechisch-katholischen Christen zu Gunsten einer europäischen Protektion zu entzagen, welches nunmehr den pariser Vertrag seinem Wunsche gemäß zerissen sieht. Auch bezieht sich der „Golos“ diese Aenderung wie folgt hervorzuheben und seine Genugthuung auszudrücken.

Jeder europäische Staat, meint das russische Blatt, dürfe von nun ab die Türkei so behandeln, wie vor 1853, ihre Regierung an sehen als eine Schaar asiatischer Eindringlinge, die europäischen Gebieten auf Grund des Faustrechts beherrschen. Niemand habe ferner Grund einer der Türkei drohenden Gefahr entgegenzutreten, Griechenland, Montenegro dürfen ungehindert sich auf türkische Kosten vergrößern und wenn eine Großmacht sich dann einmischt, so verlegt sie damit kein öffentliches Recht mehr. Es gingen in Konstantinopel Gerüchte, daß Midhat Pascha geneigt sei, mit Rußland in Separatverhandlungen zu treten. Die Pforte müsse aber wissen, daß Rußland keinerlei Interesse habe, von Neuem das so theuer bezahlte Mißtrauen Europa's gegen Separatverträge mit der Türkei zu wecken. Für Rußland enthalte der Ausgang der Konferenz zu ernsthafte Vorteile und es werde sich freilich die Möglichkeit nicht berauben, sie zu benutzen. Für Rußland sei es gar nicht wünschenswert, daß die Türkei, von Europa feierlich aus dem Völkerbunde ausgeschlossen, sich in diesen Verband wiederum durch die Hintertür der „Separatverträge“ einschleiche.

Nikolajeff, 17. Januar. In unserer Stadt, welche den Mittelpunkt der maritimen Kräfte Rußlands im Schwarzen Meere bildet, herrscht eine fieberhafte Thätigkeit, um sich in Kriegsbereitschaft zu setzen. In den Arsenalwerkstätten wird Tag und Nacht gearbeitet, neue Aftiers werden eröffnet und mit Arbeitern besetzt — kurz, Alles deutet darauf hin, daß wir dem Kriege entgegengehen. Das Oberkommando über Flotte und Häfen im Schwarzen Meere führt Generaladjutant Arkas, dessen Hauptquartier sich normal in Nikolajeff befindet, der aber gegenwärtig, um die maritimen Bewegungen der Türkei zu beobachten, seine Flagge auf dem russischen Stationschiffe in Konstantinopel, dem Kriegsschiffe „Taman“ aufgehängt hat und in Bujukdere vor Anker liegt. Die Berichte desselben werden auszugswise in dem hiesigen amtlichen Bulletin veröffentlicht. Diesen zufolge befinden sich im Bosporus folgende türkische Kriegsfahrzeuge. Auf der Rheide von Bujukdere ankern sieben große Panzerschiffe, in Arnautski eines, gegenüber von Dolma-Bagtsche zwei, endlich wird in der Admiralität an der Armirung eines eilften Panzerschiffes gearbeitet. Großadmiral sämtlicher russischer Streitkräfte zur See ist Großfürst Konstantin Nikolajewitsch, der vier Jahre ältere Bruder des Großfürsten Nikolaj Nikolajewitsch, der in Kischineff das Oberkommando führt. Auf einen Glückwunsch, welchen Generaladjutant Arkas am 13. d. als dem russischen Neujahrstage im Namen der Flotte und der Stadt Nikolajeff an den Großfürsten Konstantin richtete, antwortete derselbe folgendem Telegramm: „Ich danke und erwidere den Glückwunsch. Ich hoffe, daß in dem jetzt beginnenden Jahre die heutzutage Tschernomozzen (Bewohner des schwarzen Meeres) sich ihrer Würdig erweisen werden. Konstantin.“ Der Marineminister Poroschkin telegraphirte aus gleichem Anlaß: „Ich wünsche Euch Allen glänzenden Erfolge in der Aufgabe, welche Se. Majestät Euren Händen anvertrauen geruht hat.“ Deutlicher kann wohl der bevorstehende Krieg nicht signalisirt werden und auch kompetentere Persönlichkeiten kann es hier nicht geben. So macht sich denn hier Alles auf den Krieg gefaßt, von welchem man glaubt, daß er das entscheidende Wort an den Küsten des schwarzen Meeres und nicht an der Donau zu sprechen haben wird.

Sofarest, 18. Januar. Seit gestern treten die Gerüchte über eine gründliche Umgestaltung des rumänischen Ministeriums mit neuer Intensität auf. Man nennt die Staatsminister Kogalniceanu, Epureanu, Prinz Demetrius Ghika als Mitglieder des im konservativen Sinne zu modifizierenden Kabinetts. Es wird das Kabinet in diesem Sinne, dann wird der konservativ geordnete Senat der von der jetzigen Regierung beantragten Reform der rumänischen Gesetze, durch die der ganze große und kostspielige Verwaltungs-Apparat bedeutend reduziert werden soll, gewiß nicht mehr über den Weg treten. Bis sich das aber vollziehen wird, bleibt die finanzielle Lage des Landes dieselbe präkäre! Die Einnahmen pro 1877 sind auf 80 Millionen Francs veranschlagt, mit 1. Januar 1877 auf über 515½ Millionen sich beziffernde Staatsschuld Rumäniens erfordert eine jährliche Zinsen- und Amortisationsquote von nahezu 55 Millionen. Mit den restlichen 25 Millionen kann aber die Verwaltung nicht befritten werden. Bezeichnend die Erschöpfung der Steuerkraft des Landes ist das Faktum, daß den für 1876 veranschlagt gewesenen Einnahmen von 98 Millionen nicht mehr als 48 Millionen eingegangen sind, und somit 50 Millionen im Rückstande blieben. Unter diesen Verhältnissen es nicht Wunder nehmen, wenn Bauunternehmer, Lieferanten Beamte und Pensionisten unbezahlt blieben und die Coupons Rural- und Domanal-Obligationen noch bis zur Stunde eingelöst sind. Wenn der nunmehr bereits bei zwei Terminen pendirten Einlösung der Rural-Zinsenkoupons sollen von einer auswärtigen Macht (Deutschlands?), deren Unterthanen an diesem Papiere theilhaft sind, auf diplomatischem Wege hier stellungen gemacht worden sein. — Die freilich in Konstantinopel



nicht immer zuverlässig informierten „Daily News“ bringen ein Telegramm, wonach Mit had Pascha die rumänische Regierung aufgefordert hätte, entsprechend der neuen ottomanischen Verfassung, die Emanzipation der Juden und die völlige Gleichstellung der religiösen Konfessionen vorzubereiten.

**Yeddo.** 26. November 1876. Die Expansivbestrebungen Japans haben seinen einen kleinen Erfolg aufzuweisen. Der Minister des Aeußern, Terasima Munensri, hat in den letzten Tagen den hier weilenden Vertretern der fremden Mächte ein Reglement über die Verwaltung der Bonin-Inseln (Ogasawara-Schima) zugehen lassen, was die Anzeige über die erfolgte Einsetzung einer japanischen Verwaltungsbehörde, und gewissermaßen eine indirekte Notifikation einer Besitzergreifung der genannten Inseln durch Japan involvirt. Bereits im vorigen Jahre hat die Regierung des Tennos (Kaisers von Japan) eine Kommission nach den Bonin-Inseln entsendet, um die Besitzergreifung derselben vorzubereiten. Als Rechttitel für diese Gebietserwerbung wird von der japanischen Regierung die Thatfache angegeben, daß die fragliche Inselgruppe bereits 1593-94 zu Japan gehört habe.

Außer diesem Territorialzuwachs hat Japan nunmehr auch den Abschluß eines Freundschaftsvertrages mit der Halbinsel Korea zu verzeichnen. Dieser Vertrag öffnet den Konsularvertretern Japans den Zutritt und gleichzeitig das Privilegium, sich der Angehörigen fremder, mit Japan befreundeter Staaten, welche an der koreanischen Küste verunglückt, annehmen zu dürfen.

## Lokales und Provinzielles.

**Aus dem Kreise Kröden.** 25. Januar. [Vorschussverein. Fortbildungsschulwesen.] Am 19. Januar fand im Rathhause zu Kröden die diesjährige Generalversammlung des dortigen Vorschussvereins statt. Mit besonderer Genehmigung konnte der Vorstand der Versammlung erklären, daß es ihm noch nie gelungen, einen so günstigen Rechenschaftsbericht vorlegen zu können, wie diesmal, der Grund hiervon ist nicht nur in der guten Verwaltung, sondern auch darin zu finden, daß dem Vereine jetzt ein großes Vertrauen entgegengetragen wird, wie die im vergangenen Geschäftsjahre erfolgte Zunahme der Mitgliederzahl und die bedeutenden Einlagen beweisen. Die Kassenbücher ergaben einen Geschäftsumsatz von 290,512 Mark. Davon wurden a) als neue Darlehen 46,533 Mark, b) durch Prolongation 15,756 Mark gegeben. Der Verein arbeitet mit einem Kapitale von 64,016 Mark 76 Pfennigen und zwar a) von aufgenommenen Anleihen 46,533 Mark 96 Pf., b) Guthaben der Mitglieder 15,756 Mark 96 Pf., c) Reserve-Fond 1501 Mark 4 Pf., d) Spareinlagen 224 Mark 80 Pf. An Zinsgewinn sind erzielt worden 4924 Mark 61 Pf., an außergewöhnlichen Einnahmen 55 Mark 40 Pf., in Summa 4980 Mark 1 Pf. Diese Summe kam folgendermaßen zur Verwendung: 1) an Zinsen a. für Anleihen, b. für Spareinlagen, c. für das Guthaben der Mitglieder 2912 Mark, 2) in Prozeß- und Verwaltungskosten 164 Mark 85 Pf.; zusammen 3076 Mark 85 Pf., mithin verblieb ein Reingewinn von 1903 Mark 16 Pf. Von diesem Reingewinne erhalten nach Abzug der Tantieme für den Vorsitzenden, den Kassanten und den Schriftführer, sowie der Befolgung des Vereinsboten an Dividende 225 Mitglieder 495 Mark 17 Pf. Der verbleibende Ueberschuß von 495 Mark konnte dem Reservefond überwiesen werden. Dem Vereine traten im verfloffenen Geschäftsjahre 36 neue Mitglieder bei; ausgeschieden sind: theils verstorben, theils verstorben, 13 Mitglieder, so daß der Verein gegenwärtig 234 Mitglieder zählt. Nachdem noch beschlossen worden, daß Darlehen ausnahmsweise statt wie bisher auf 3 auch auf 6 Monate und zwar zu demselben Zinsfuß gegeben werden könnten, wurde zur Wahl eines Vorsitzenden und dreier Ausschußmitglieder geschritten. Es wurden gewählt: als Vorsitzender Magistratsmitglied Dylinski, zu Ausschußmitgliedern Bürgermeister Boniet, Müllermeister Gieselski ars Dubin und Lehrer Kulcinski. — Nach dem rathschaffenden Ortsstatut sind die dortigen Lehrlinge verpflichtet, bis zum vollendeten 18. Lebensjahre die Fortbildungsschule zu besuchen. Um den Wünschen der Meister entgegenzukommen, hat die Schuldeputation festgesetzt, regelmäßig diejenigen Schüler, die das 17. Lebensjahr überschritten haben, am Schlusse des laufenden Semesters von dem Besuche der Fortbildungsschulen zu dispensiren. In Folge dieser Praxis haben einige Meister geglaubt, ihre Lehrlinge sofort nach Vollendung des 17. Jahres aus der Schule zurückbehalten zu dürfen. Diese Ansicht ist fürzlich in einer gerichtlichen Verhandlung ausdrücklich als unrichtig zurückgewiesen worden.

## Staats- und Volkswirtschaft.

**Berlin.** 25. Jan. Laut amtlicher Publikation der Aeltesten der Kaufmannschaft waren die Marktpreise des Kartoffel-Spiritus per 10,000 pEt. (per 100 Liter a 100 pEt. nach Tralles), frei hier ins Haus geliefert, auf hiesigem Plage am

	19. Januar	Markt	55,2
20. „	„	„	54,9
22. „	„	„	54,7-54,5
23. „	„	„	54,2-54,1
24. „	„	„	54,2-54
25. „	„	„	53,7

Die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin.

**Berlin.** 26. Januar. Wochen-Uebersicht der Reichsbank vom 23. Januar.

### Activa.

1) Metallbest. (der Bestand an coursfähigen deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländ. Münzen) das Pfund fein zu 1392 Mk. berechnet	Mk. 539,604,000	Zun. 18,780,000
2) Bestand an Reichsschatzschneide	44,435,000	Zun. 1,175,000
3) Bestand an Noten anderer Banken	19,933,000	Abn. 1,400,000
4) Bestand an Wechseln	3,539,000	Abn. 13,042,000
5) Bestand an Lombardforderungen	49,602,000	Abn. 4,168,000
6) Bestand an Effekten	582,000	Abn. 77,000
7) Bestand an sonstigen Activen	23,657,000	Abn. 7,860,000

### Passiva.

8) das Grundkapital	Mk. 120,000,000	unverändert.
9) der Reservefonds	12,000,000	unverändert.
10) der Betrag der umlaufenden Noten	719,004,000	Abn. 17,161,000
11) die Einlagen täglich fall. Verbindlichkeiten	156,974,000	Zun. 16,847,000
12) die an eine Kündigungsfrist gebundenen Verbindlichkeiten	42,149,000	Abn. 218,000
13) die sonstigen Passiva	3,857,000	Abn. 6,942,000

Obige Wochen-Uebersicht konstatirt eine Zunahme im Metallbestand von 18,780,000 Mk., eine Zunahme in dem Bestande an Reichsschatzschneide von 1,175,000 Mk. und eine Abnahme in dem Bestande an Noten anderer Banken um 1,400,000 Mk. Außer dieser Zunahme der Baarvorräthe des Instituts von 18½ Millionen Mark hat sich auch der Notenumlauf um 16,847,000 Mk. vermindert. Die steuerfreie Notenreserve der Bank hat sich hiernach um mehr als 45 Millionen Mark vergrößert und beträgt dieselbe gegenwärtig 153,5 Millionen Mark. Hervorgehoben wurde der Rückfluß in den Baarmitteln der Bank durch eine Abnahme der Wechselanlagen um 13,042,000 Mark, durch eine Verminderung der Lombardbestände um 4,168,000 Mk. und durch die Vermehrung des Giroguthabens um 16,847,000 Mk. Von den sonstigen Veränderungen, welche der Reichsbank-Status zeigt, ist die

Abnahme in den sonstigen Activen um 7,860,000 Mk., und in den sonstigen Passiven um 6,942 Mk. hervorzuheben. (B. B. B.)

**Wien.** 26. Januar. Die Einnahmen der Lombardischen Eisenbahn (öferr. Neg.) betrugen in der Woche vom 15. bis zum 21. Januar 534,450 Fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mehreinnahme von 18,543 Fl.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen.  
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

## Telegraphische Nachrichten.

**Breslau.** 26. Januar. Resultat der hiesigen Stichwahlen. Im Ostbezirk erhielt Kaster 9929, der Sozialdemokrat Bähke 7816, im Westbezirk Hänel 10,529, der Sozialdemokrat Kraefel 7124 St. Somit sind Kaster und Hänel gewählt.

**Löwenberg** (Schlesien), 26. Januar. Bei der Stichwahl im hiesigen Wahlkreise trug Michaelis (nat.-lib.) mit ca. 7900 St. über seinen liberalen Gegenkandidaten Renner, der nur ca. 3200 St. erhielt, den Sieg davon.

**Sagen.** 26. Januar. Bei der stattgehabten engeren Wahl erhielt Richter (Fortchr.) 10,341, Medel (nat.-lib.) 9444 St. Die Wahl Richter's ist als gewiß zu betrachten, da das Wahlergebnis nur noch aus 3 kleinen Wahlbezirken fehlt, deren Gesamtstimmenzahl an dem Resultate nichts ändert.

**Verailles.** 26. Jan. Deputirtenkammer. Die Budgetkommission hat Gambetta zum Vorsitzenden gewählt. — Das Ministerium hat eine Vorlage betreffend die Bewilligung eines Kredits zur Unterstützung der von einer Hungersnoth bedrohten Bevölkerung in den französischen Kolonien in Indien eingebracht.

**Paris.** 26. Januar. Das „Journal officiel“ veröffentlicht ein Ein- und Durchfuhrverbot für alle Arten von Horn-, Schaaf- und Ziegenvieh, die aus Deutschland, England, Oesterreich, Rußland, den Donaufürstenthümern und der Türkei kommen. Für das aus anderen Ländern zur Ein- oder Durchfuhr gelangende Vieh wird die strengste Prüfung des Gesundheitszustandes angeordnet.

**Liverpool.** 26. Januar. Bei einem gestern Abend hier stattgehabten Banket hielt der Kanzler der Schatzkammer, Northcote, eine Rede, in welcher er bestritt, daß die Konferenz ein Mißerfolg gewesen sei. Dieselbe habe vielmehr, obwohl sie nicht ganz erfolgreich gewesen, doch den internationalen Argwohn und die Eifersucht beschwichtigt und dadurch sei die Aussicht auf Erhaltung des Friedens jetzt besser, als vor der Konferenz. Der Friede sei freilich nur erhaltbar, wenn Anreize zum Kriege streng gemieden würden.

**Konstantinopel.** 25. Januar. Lord Elliot ist heute nach Brindisi abgereist. Graf Zichy, v. Calice und v. Werther werden am Sonntag nach Triest abreisen.

**Konstantinopel.** 27. Januar. Der „Kölnischen Ztg.“ geht der Wortlaut des offiziellen Telegrammes zu, durch welches Midhat Pascha am 24. Januar die Fürsten von Serbien und Montenegro zur direkten Friedensverhandlung mit der Türkei eingeladen hat.

**Wien.** 26. Januar. Die „Politische Korrespondenz“ meldet aus Konstantinopel, zwischen der Pforte und Montenegro seien Friedensverhandlungen im Gange, die Pforte sei zu einigen territorialen Konzessionen an Montenegro bereit. Ferner sollten die drei insurgirten Provinzen als militärische Generalgouvernements reorganisiert werden und neben den Generalgouverneurs christliche Zivil-Administratoren erhalten. Außerdem sollen die Baptisten nach dem Muster der österreichischen Gensdarmarie militärisch organisiert werden und zur Hälfte aus eingeborenen Christen bestehen.

**Wien.** 26. Januar. Die „Wiener Zeitung“ enthält ein kaiserliches Patent vom 23. Januar, welches die Auflösung des tyroler Landtages und die Einleitung von Neuwahlen verordnet.

**Washington.** 25. Jan. Bei der Abstimmung über die von dem gemischten Komite vorgeschlagene Bill, betreffend die Entscheidung in der Präsidentenwahlfrage, welche, wie bereits gemeldet angenommen wurde, stimmten 24 republikanische und 23 demokratische Mitglieder für, 16 demokratische und ein republikanisches Mitglied gegen die Bill. — Die Repräsentantenkammer wird voraussichtlich die Bill morgen annehmen.

**Berlin.** 27. Januar. Bei den gestrigen Stichwahlen erhielten im ersten Wahlkreise: Hirsch (Fortschritt) 5595, v. Jordanbeck 5237 Stimmen; im zweiten: Klotz (Fortschritt) 11,913, v. Jordanbeck 5137 St.; im dritten: Herz (Fortschritt) 11,669, Radow (Sozialdemokrat) 6070 Stimmen.

Zur Erklärung des Resultats im ersten Wahlkreise trägt vielleicht folgende Meldung der „Nat.-Ztg.“ bei: In einer gestern (25. d.) im Saale der Urania stattgefundenen Versammlung national-liberaler Wähler des zweiten Wahlkreises meldete sich der Sozialistenführer Most zum Worte. Er motivirte sein Verlangen damit, daß er erklären wolle, daß und warum die Sozialdemokraten im ersten Wahlkreise der Herrn v. Jordanbeck und gegen Herrn Hirsch stimmen wollten. Der Vorsitzende verweigerte es, Herrn Most das Wort zu geben, obgleich dieser damit drohte: daß sollte Herr Hirsch zu Gute kommen. Nach der Passage zu der Fortschrittversammlung gab dann der sozialdemokratische Führer seinen Genossen die Parole, als der Vorsitzende unter Zustimmung der Versammlung bei seiner Meinung verharre. Man wünschte national-liberalen Herrn Most viel Glück auf den Weg; derselbe entfernte sich jedoch erst, als der erregte Tumult die Schließung der Versammlung nöthig gemacht hatte. Die national-liberale Partei hat bei dieser Gelegenheit wie stets zu erkennen gegeben, daß sie mit der Partei des Umsturzes kein Wahlbündniß schließt und jede Verständigung in dieser Richtung absolut zurückweist.

Heute Nachmittag 6 Uhr verschied nach längerem Krankenlager in seinem 37. Lebensjahre unser innigst geliebter Gatte, Vater, Bruder und Onkel, der Bautechniker

## Wilhelm Rujcke,

welches tiefbetrübt anzeigen

Jarotschin, den 26. Januar 1877.

Die trauernden Hinterbliebenen.

## Telegraphische Börsenberichte.

### Fonds-Course

**Frankfurt a. M.** 26. Januar. Fest, aber wenig belebt. Privatdiskont 2½ pEt. Leichter Wechsel 204.22. Pariser Wechsel 81.28. [Schlußcourse.] Lombardische Eisenbahn 141¼. Elisabethbahn 112¼. Galizier 168¼. Frankreich 194¼. Lombarden 60¼. Nord-

westbahn 95¼. Silberrente 55. Papierrente 50. Russische Bodenkredit 80¼. Ruffen 1872 83¼. Amerikaner 1885 102. 1860er Loose 99¼. 1864er Loose 249.50. Kreditaktien\*) 117¼. Oester. Nationalbank 680.00. Darmst. Bank 100. Berliner Bankver. 88¼. Frankf. Wechselbank —. Oester.-deutsche Bank —. Weininger Bank 70¼. Oest. Ludwigsbahn 95¼. Oberbessen —. Ung. Staatsloose 139.00. Ung. Schatzanw. alt 82¼. do. do. neue 79¼. do. Oest.-Obl. II. 56¼. Centr.-Pacific 98¼. Reichsbank 154¼. Goldrente 60¼. Nach Schluß der Börse: Kreditaktien —, Franzosen —, Galizier —, Reichsbank —, Goldrente 60¼.

\*) per medio resp. per ultimo.

**Wien.** 26. Januar. Kreditaktien fest, die übrigen Spekulationswerthe vernachlässigt. Renten behauptet, Bahnen zum Theil höher, zum Theil matter, Devisen angeboten, ebenso Gold. Umsatz gering.

[Schlußcourse.] Papierrente 61.30. Silberrente 67.50. 1854er Loose 107.00. Nationalbank 831.00. Nordbahn 1817.50. Kreditaktien 143.40. Franzosen 236.00. Galizier 205.50. Rast.-Oderberg 86.50. Pardubitzer —. Nordwestb. 115.50. Nordwestb. Lit. B. —. London 123.90. Hamburg 60.35. Paris 49.20. Frankfurt 60.35. Amsterdam 102.75. Böhm. Westbahn —. Kreditloose 162.25. 1860er Loose 113.50. Lomb. Eisenb. 74.00. 1864er Loose 134.70. Unionbank 53.50. Anglo-Austr. 76.50. Napoleons 9.87¼. Dukaten 5.90. Silbercoup. 117.00. Elisabethbahn 138.00. Ung. Prämienanl. 73.40. Marknoten 60.85. Türkische Loose 17.60. Goldrente 74.30.

**Wien.** 26. Januar. Abendbörse. Kreditaktien 143.50, Franzosen 238.50, Lombarden 74.75, Galizier 206.00, Anglo-Austr. 77.00, Silberrente 61.35, Papierrente 61.35, Goldrente 74.25, Marknoten 60.70, Nationalbank —, Napoleons 9.86. Fest, Franzosen lebhaft.

**Wien.** 26. Januar. Offizielle Notirungen: Silberrente 67.50, Papierrente —, Dukaten 5.87, Marknoten —, London —, Paris —, Hamburg —, Nationalbank 830.00, Franzosen 235.50, Nordwestbahn 115.00, Elisabethbahn 137.50.

**London.** 26. Januar. Konsole 96. Italien. 5proz. Rente 70¼, Lombarden 6¼. 3proz. Lombarden-Prioritäten alte 9. 3proz. Lombarden-Prioritäten neue — 5proz. Ruffen de 1871 82¼. do. de 1872 82¼. do. 1873 82. Silber 57¼. Türk. Anleihe de 1865 11¼. 5proz. Türken de 1869 —. 5proz. Vereinigt. St. pr. 1885 —. do 5proz. fund. 107¼. Oester. Silberrente —. Oester. Papierrente — 6proz. ungar. Schatzbons 82. 6proz. ungar. Schatzbons II. Emis. 81. 6proz. Peruaner 18¼. Spanien 11¼. Platinadiskont — pEt. Aus der Bank flossen heute —. Fld. Sterling.

Wechselnotirungen: Berlin 20.58, Hamburg 3 Monat 20.58, Frankfurt a. M. 20.58, Wien 12.65 Paris 25.30, Petersburg 28¼.

**Paris.** 26. Januar. Börse unthätig, Schluß fest. [Schlußcourse.] 3pEt. Rente 72.10, Anleihe de 1872 107.32¼, Italienische 5proz. Rente 71.30, do. Tabakaktien —, do. Tabakobligationen —, —. Franzosen 485.00. Lombard. Eisenbahn-Akt. 155.00, do. Prioritäten 228.00, Türken de 1865 11.75. do. de 1869 61.00, Türkenloose 35.25.

Credit mobilier 160, Spanier extér. 11¼, do. intér. 10¼, Suezkanal-Aktien 660, Banque ottomane 375, Societe generale 515, Credit foncier 597, Egypter 246. — Wechsel auf London 25.13¼.

**Newyork.** 25. Januar. [Schlußcourse.] Höchste Notirung des Goldagio 6¼, niedrigste 6. Wechsel auf London in Gold 4 D. 84 C. Goldagio 6. ½ Bonds per 1885 108¼. do. 5proz. fundirt 112. ¾ Bonds per 1887 113¼. Erie-Bahn 10¼. Central-Pacific 108. Newyork Centralbahn 102¼.

### Produkten-Course.

**Danzig.** 26. Jan. Getreide-Börse. Wetter: ziemlich starker Frost. — Wind: Nt.

Weizen loco konnte am heutigen Markte nur in feiner und feinsten Qualität zu unveränderten Preisen verkauft werden, alle übrigen Gattungen wurden vernachlässigt und waren in flauer Stimmung. Der Verkauf der letzteren blieb ungemein schwer und mußten solche auch wieder billiger abgegeben werden. Im Ganzen sind bei ziemlich reichlicher Zufuhr 360 Tonnen gehandelt und ist bezahlt für Sommer-133 Pfd. 210 Mk., 136 Pfd. 212 Mk., roth 130 Pfd. 208 Mk., blaupistig 128.9 Pfd. 185 Mk., desgleichen hellfarbiger 127 Pfd. 190 Mk., bunt mit Roggen 130 Pfd. 175 Mk., bunt 127.8, 128.9 Pfd. 208, 209 Mk., glatt belegt 129 Pfd. 212 Mk., glatt 127, 128 Pfd. 215 Mk., hellbunt 129.30 Pfd. 217 Mk., hellbunt 127, 130 Pfd. 217, 218 Mk., 129.30, 131.2 Pfd. 221 Mk., fein hochbunt glatt 129.30, 132 Pfd. 220 Mk., 132.3 Pfd. 221 Mk., extra fein 134.5 Pfd. 225 Mk. per Tonne. Termine matt, April-Mai 219 Mk. bez., 220 Mk. Br., Mai-Juni 222 Mk. Br., Juni-Juli 224 Mk. Br. — Regulirungspreis 214 Mk.

Roggen loco fest, bei kleiner Zufuhr inländischer 124 Pfd. 167 Mk., 126 Pfd. 168 Mk., 127 Pfd. 169, 170 Mk. per Tonne bezahlt Termine ohne Kauflust, russischer Februar-März, März-April 157 Mk. Br., unterpolnisch per April-Mai 163 Mk. Br., Mai-Juni 165 Mk. Br. Regulirungspreis 159 Mk. — Gerste loco große 112 Pfd. 148 Mk. per Tonne bezahlt. — Erbsen loco flau, Mittel- 136 Mk., Koch- 137 Mk. per Tonne bezahlt. Termine Futter- April-Mai 142 Mk. Br., — Kleesaat loco weiß ordinär 130 Mk., roth 148, 150, 156 Mk., schwedisch 214 Mk. per 200 Pfd. nach Qualität bezahlt. — Spiritus loco wurde zu 52.50 Mk. gekauft.

**Köln.** 26. Januar. Getreidemarkt. Weizen, biesiger loco 23.75, fremder loco 22.50, pr. März 22.25, pr. Mai 22.70. Roggen, biesiger loco 18.00, pr. März 16.15, pr. Mai 16.60. Hafer loco 17.00, pr. März 16.65, pr. Mai 17.05. Rübsöl, loco 40.00, pr. Mai 37.70, pr. Oktober 35.90.

**Hamburg.** 26. Januar. Getreidemarkt. Weizen loco flau, auf Termine fester. Roggen loco flau, auf Termine fester. Weizen pr. April-Mai 224 Br., 223 Gd., pr. Mai-Juni pr. 1000 Rilo 226 Br., 225 Gd. Roggen pr. April-Mai 161 Br., 160 Gd., pr. Mai-Juni pr. 1000 Rilo 161 Br., 160 Gd. Hafer loco, Gerste matt. Rübsöl matt, loco 76 pr. Mai pr. 200 Pfd 75, Spiritus still, pr. Januar-Februar 44¼, pr. Februar-März 44¼, April-Mai 44¼, pr. Mai-Juni pr. 100 Liter 100 pEt 44¼. Raffee fest, aber ruhig, Umsatz 1500 Sad. Petroleum matt, Standard white loco 19.25 Br., 19.00 Gd., pr. Januar 19.00 Br., Febr.-März 17.75 Br. — Wetter: Kalt.

**Bremen.** 26. Januar. Petroleum ruhig. (Schlußbericht.) Standard white loco 20.00 a —, pr. Januar 20.00 a —, pr. Februar 19.75 a —, pr. März 18.75.

**Paris.** 26. Jan. Produktenmarkt (Schlußbericht). Weizen ruhig, pr. Januar 28.25, pr. Febr. 28.25, pr. März-April 20.75, pr. März-Juni 29.50. Mehl ruhig, pr. Januar 62.00, pr. Febr. 62.25, pr. März-April 63.00, pr. März-Juni 64.00. Rübsöl weich, pr. Januar 94.75, pr. März-April 95.00, pr. Mai-August 95.50, pr. September-Dezember 93.00. Spiritus matt, pr. Januar 64.75, pr. Mai-August 66.25 — Wetter: Veränderlich.

**Paris.** 26. Januar. Rohzucker steigend, Nr. 10/13 pr. Januar pr. 100 Kilogr. 72.00, Nr. 7/9 pr. Januar pr. 100 Kilogr. 76.00. Weißer Zucker steig., Nr. 3 pr. 100 Kilogr. pr. Jan. 82.25, pr. Februar 82.25, pr. Januar-April 82.50, pr. März-Juni —.

**Amsterdam.** 26. Januar. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen loco geschäftslos auf Termine matt, pr. März 306, pr. Mai 307. — Roggen loco und auf Termine unverändert, pr. März 193, pr. Mai 197. Raps per Frühjahr 438, per Herbst 418 Fl. — Rübsöl loco 44¼, pr. Mai 43, pr. Herbst 40¼. — Wetter: —.



Newport, 25. Januar. Waarenbericht. Baumwolle in Newport 13%, do. in New-Orleans 12%. Petroleum in Newport 26½, do. in Philadelphia 26½. Mehl 6 D. 25 C. Rother Frühjahrsweizen 1 D. 4 C. Mais (old mixed) 62 C. Zucker (Fair refining) Muscovados 9½. Kaffee (Rio-) 19%. Schmalz (Marke Wilcox) 11%. Speck (short clear) 9% O. Getreidefracht: 6

Weizen lofs per 1000 Kilogr. M. 195—235 nach Qual. gef., per diesen Monat —, Jan.-Febr. —, April-Mai 223,00—221,5—222,00 bz., Mai-Juni 224,00—223,00 bez. — Roggen lofs per 1000 Kilogr. 158—184 nach Qualität gef., ruffischer 159—160,5 ab Boden bez., neuer do. und poln. 158—167, neuer ml. 177—183 ab Bahn bez., bef. und ruff. — bezahlt, per diesen Monat 160,00—159,5 bezahlt, per Januar-Februar do., per Februar-März 160,5—160,0 bz., per April-Mai 162,5—161,5—162,00 bez., Mai-Juni 160,5—159,5—160,00 bez., Juni-Juli 159,5 bez. — Gerfte lofs 1000 Kilogr. 127—180 M. nach Qual. gef. — Ofaer lofs 1000 Kilgr. 120—165 nach Qual. gef., oft- und weftpreuf. 135—153, ruffischer 130—143, neuer pomm. 159—160, neuer fchlef. 150—160, galiz. —, böhm. 150—160, ungar. 138—142 ab Bahn bez., defekter — bz., per diesen Monat —, per Januar-Februar —, per April-Mai 153,00 bezahlt, per Mai-Juni 152,00 bezahlt.

Perm. S. 8.1.1205	101.00	b3	⑤
Perm. S. 8.1.1205	101.00	b1	⑤
Perm. S. 8.1.1205	105.25		⑤
b. 11.1.1205	101.75	b3	⑤

Stettin, 26. Januar. An der Börse. (Amtlicher Bericht.)  
Wetter: Trübe - 3 Grad R. Barometer 28.5. Wind: S.O.  
Weizen fester, per 1000 Kilo loco gelber inländ. 200 - 208  
feiner 212 - 220 M., geringer 175 - 195 M., per Frühjahr 223 -  
224 M. bez., per Mai = Juni 225 M. bez., per Juni-Juli 227.5 M. bez.  
- Roggen fester, per 1000 Kilo loco inländischer 180 - 184 M.,  
Russischer alter 157 - 159 M., do. neuer 161 - 163 M., per Frühjahr  
158 - 159.5 - 159 M. bez., per Mai = Juni 158 - 159 - 158 M. bez.,  
per Juni-Juli 158 - 157.5 M. bi. - Gerste unverändert, per 1000

Kagdeburg, Bergw.	2	17 25	Ⓢ
do., Spiritfabrik	2	108 25	Ⓢ
Marienhütte Bergw.	4	23 50	b.
Ostfener Bergwerk	4	68 50	bj Ⓢ
Renden u. Schen. B.	4	15 00	vj
Schlegel, St.-Bed.	4	49 00	Ⓢ
Hend.	4	27 50	Ⓢ
Breslau, Königl. Bau	3	22 50	f.
Breslau, Königl. Bau	3	22 50	f.

(5)  $\eta = \eta_{\text{eq}}$

Datum.	Stunde.	Barometer 260 über der Orie.	Therm.	Wind.	Wolkenform
26. Jan.	Nachm. 2	27" 11" 90	— 51	SE 23	trübe St.
26. "	Abnds. 10	28" 0" 41	— 58	E 3	trübe St.
27. "	Morgs. 6	28" 0" 23	— 64	SE 23	beheft. Ni.

Prioritäten in regelmäßigem Verkehr. Oesterreichisch-ungarische und russische Eisenbahn-Obligationen vielfach höher. Pfandbriefe fest. Geld flüssig. Wechsel still. Im weiteren Verlaufe des Geschäftsjahres haben die Kurse der spekulativen Papiere langsam, doch blieb das Geschäft beschränkt. Per Ultimo notiren wir: Franzosen 488—9,50, 8,50, Lombarden 122,50, Kreditaktien 236—7—6, Laurabütte 70,60, Diskont = Kommandit = Anteile 103,50, 8,75—103,60, Böhmische Bräuhaus verlor 4, Gelsenkirchen 1, Courl. 1, Bochumer Bergwerk, Märktisches Bergwerk und Metropole je 1, Wäsemann 1,40. Schluß etwas fester. Kreidobligationen 5-proz. 101,80 bez., 4½-proz. 99,60 bez., 4-proz. 93,40 bez.

Perm. S. 8.1.120	5	105 25	⑤
b. II. v. 8. 110	5	101 75	b⑤

a. Comm. B. Sec.	1	59,90	Ⓔ
c. Handels Ges.	1	62,00	b <sub>2</sub>
a. Pfaffen-Berein	1	151,00	Ⓔ
Maier-Dist. v. Bl.	1	79 25	b <sub>2</sub> Ⓔ

enden u. Sch. B.	49 00	3	Berlin-Gortiges	5	52 50	3
Obersteier, G. B.	27 50	3	Berliner Nordbahn	Fr.		
Offenb.			Breslau-Bergrau	Fr.		
Stütz u. Sch. A.	32 50	2	Chem. Werke	Fr.	20 60	3

Druck und Verlag von B. Deder und Comp. (E. Ködel) in Bonn.

do. Del. I. u. II	97,00	G	Barchhausen	II	5	88,50	b <sub>3</sub>	(G)
do. do. III. rann	95,50	G	do.	III	5	91,75	b <sub>3</sub>	
Barchhausen-Grafst. I.	96,00	B	do.	IV	5	85,75	b <sub>3</sub>	
Kochel-Wildha	—,—	G	Barchhausen			77,00	b <sub>3</sub>	